

Marzahn- Hellersdorf *links*

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Sich der sozialen Probleme annehmen - ein Muss für DIE LINKE, auch im Bezirk. Die sozialpolitische Sprecherin der BVV-Fraktion, Zoe Dahler, schildert, wie die Lage ist. Hilfe für Betroffene von Hartz IV gibt es künftig wieder im Linken Treff Seite 2

In Marzahn-Hellersdorf wohnen Tausende Aussiedlerinnen und Aussiedler. Kennen wir einander, wie können wir helfen, dass sie sich in Deutschland anerkannt fühlen? Das LINKE WIRTSCHAFTSFORUM hat praktische Vorschläge Seite 5

Die Jugendseite - die vierte in Folge - mit den Themen: Latte-Macchiatoisierung ... / D wie Datenschutz / Jede Stimme zählt - weitere Unterschriften werden gebraucht! und Tipps, wie man Kontakt zur Linksjugend bekommen kann. Seite 7

Attacken gegen das Grundgesetz

„Nur wer sicher ist, kann auch frei sein“, sagt Bundesinnenminister Schäuble. Allgemeiner Beifall. Für mehr Sicherheit hat er einen Plan und auch ein Vorbild – die USA. Dort gibt es ein übermächtiges Heimatschutz-Ministerium. Bürgerrechte haben darin keinen Platz. Seine Freiheitsschützer agieren weltweit, Entführungen und Folter inklusive, Kriegseinsätze ohnehin.

Wolfgang Schäuble nennt das, was er anstrebt, „neue Sicherheitsarchitektur“. Und dafür setzt er Stein auf Stein, manchmal provokativ, häufig auch ohne große Worte. Stolz verweist er auf seine „Anti-Terrordatei“. In sie wird alles eingespeist, was Polizei, Zoll, Verfassungsschutz und andere über „auffällige“ Bürgerinnen und Bürger zu wissen glauben. „Das hilft Gefahren abzuwehren“, sagt der Bundesinnenminister. Er sagt nicht: Alle Informationen oder Denunziationen landen letztlich ausschließlich bei Geheimdiensten. Die wiederum entziehen sich jeder demokratischen Kontrolle.

Die Speicherung aller Telekommunikations-Verbindungsdaten, kurz „Vorratsdatenspeicherung“, hat für viel Wirbel gesorgt. Ebenso umstritten ist die „Online-Überwachung“. Damit ist das Ausspähen von Computern via Internet gemeint. Sie umfasst weit mehr als herkömmliche Hausdurchsuchungen bei Verdächtigen, bei denen die Betroffenen dabei sind und einen Zeugen hinzuziehen können. Die „Online-Durchsuchung“ geschieht klammheimlich. Schließlich lieben sich auf demselben Wege auch die Kamera oder das Mikrophon am heimischen Laptop aktivieren und fertig ist die Rundum-Überwachung.

Weniger spektakulär wird die Bundespolizei „reformiert“. Künftig soll sie überall dort eingreifen können, wo internationale Konflikte toben, und das auch noch ohne Bundestagsmandat.

Das war der schwarze Faden 2007 und der ist noch viel länger, als hier beschrieben. Und so erleben wir eine absurde Situation. Die

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen:

http://www.petrapau.de/cgi-data/newsletter/abo_form.html

schärfsten Attacken gegen das Grundgesetz kommen derzeit nicht von Terroristen, auch nicht von Extremisten, sondern von Spezialisten für innere Sicherheit.

Petra Pau (MdB)



Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Klaus Schubert / Den sozialen Fragen stellen!

Seite 3:

Fördern Linke Privatisierungen? / Siedlungsgebiete

Seite 4:

Totalabriss gestoppt / Infosplitter

Seite 5:

Genug geredet! / Heimat in der Fremde / Das Aus für kleine Kinos?

Seite 6:

Südafrika auf dem Weg ... / Post an uns / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

Weihnachten

Die Heiden sehn im Jahresrest den Grund fürs Sonnenwende-Fest. Und Gläubige gedenken: Ein Jesus wurde einst geboren, doch ging die Nachricht fast verlor'n vor Suchen nach Geschenken.

Jetzt feiern wir das Kaufrauschfest, was alle Händler jubeln lässt. Das Portmonee wird kleiner. Im Radio wird „Stille Nacht“ auf englisch an den Mann gebracht. Den deutschen Text kennt keiner.

Wir stopfen uns mit Essen voll und trinken zu viel Alkohol, was unsre Herzen frei macht. Wir lümmeln faul im Sessel rum und wissen nicht so recht, warum. Na dann: Fröhliche Why?-Nacht!

Wolfgang Reuter

DIE LINKE.

Unseren Leserinnen und Lesern alles Gute für das Jahr 2008. Bleiben Sie uns gewogen. Auf ein Neues im nächsten Jahr!
Redaktion
von Marzahn-Hellersdorf links

Zur Person: Klaus Schubert

Sport ist mein Leben

Klaus Schubert kam über die WASG in DIE LINKE. Er ist der sportpolitische Sprecher der BVV-Linksfraktion, Mitglied in den Ausschüssen für Bildung, Kultur und Sport sowie Gleichstellung und Menschen mit Behinderungen. Zuvor war er Bürgerdeputierter im Sportausschuss.

Seit der Jugend bestimmt Sport, sei es aktiv oder passiv, sein Leben. Stationen seiner schulischen Laufbahn waren die KJS (Kinder- und Jugendsportschulen) in Halle und die Werner-Seelenbinder-Schule in Berlin, wo er sich für die Leichtathletik und den sprachlichen Zweig für das Abitur entschied. 1965 legte er das Abitur ab. Vier Jahre war Klaus Schubert jeweils in seiner Altersklasse Berliner Meister im Speerwerfen. Seine heimliche Liebe gehörte schon damals dem Fußball. Da er mit 1,70 Meter Körpergröße als Speerwerfer keine Perspektive hatte, spielte er aktiv weiter, wo er neben der Leichtathletikausbildung angefangen hatte. Erst bei einer kleinen Sportgemeinschaft, dann beim späteren BFC Dynamo. Nach dem Abitur studierte er vier Jahre an der DHfK Leipzig. Als Funktionär im Nachwuchsleistungssport bei der Sportvereinigung Dynamo war Klaus Schubert Sichtungstrainer und Organisator, viele Jahre im Radsport, später auch im Sportschwimmen. Mehrere Jahre war er Leiter der Sektion



Klaus Schubert Foto: privat

Radsport. Durch seine Hände gingen viele talentierte und erfolgreiche Sportler, von denen einige später Welt- und Olympiasieger wurden, wie z.B. Jens Fiedler, Doppelolympiasieger im Sprint und Guido Fulst (Bahn-Vierer). Nach der Jahrtausendwende kam Klaus Schubert der Bitte einiger Fußballvereine um Unterstützung bei der Betreuung junger Fußballer nach, half trotz angeschlagener Gesundheit u. a. beim FC Nordost und Fortuna Biesdorf aus.

Von 1990 bis 2000 arbeitete er bei der Konsumgenossenschaft als Haushandwerker, Abteilungsleiter und ehrenamtlich als Betriebsratsvorsitzender. Für sein ehrenamtliches Engagement in der sozialpsychologischen Betreuung von Langzeitpatienten auf der Station der Rückenmarkverletzten im UKB wurde ihm 2004 der Ehrenamtspreis der BVV verliehen.

Logisch, dass Klaus Schubert, der sein Leben hauptsächlich im Sport gelebt hat, sich als Fraktionsmitglied darum kümmert, dass der Sport im o.g. Ausschuss nicht zu kurz kommt und weiterhin die Bedeutung erhält, die ihm zukommt. Er ist ein kritischer Mitstreiter und macht sich Entscheidungen nicht leicht. In Fachfragen schließt er sich der jeweils besten Lösung an.

Sabine Behrens

Sich der sozialen Lage im Bezirk stellen!

In der Mitgliederbefragung formulierten Mitglieder den Anspruch, sich stärker mit den im Bezirk tätigen sozialen Projekten und Vereinen über sozialpolitische Entwicklungen zu verständigen. Unsere BVV-Fraktion führte in der jetzigen Wahlperiode bereits drei Anhörungen mit sozialen Akteuren zu den Auswirkungen von Hartz IV und Entwicklung sozialpolitischer Maßnahmen im Bezirk durch. Dabei wurden die strategisch wichtigen Felder von Ressourcenbündelung, integrierte Handlungskonzepte und die Schaffung von Ansätzen für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in den Mittelpunkt der Arbeit gestellt. Wir stehen in der Verantwortung, das Konzept einer sozialen Stadt im Bezirk weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang werden wir uns der Arbeit der lokalen Akteure in den Stadtteilen, der Arbeitsweise des Job-Centers und der Armutsentwicklung bei Kindern und Jugendlichen verstärkt zuwenden. Der wichtigste Indikator zur sozialen Lage ist

**Jeden Donnerstag
von 10.00 bis 13.00 Uhr
LINKER TREFF
Henny-Porten-Str. 10-12
12627 Berlin
Sprechstunde des Fraktions-
vorsitzenden Klaus-Jürgen Dahler
für soziale Akteure
und Hilfe für Arbeitslose**

die Arbeitslosigkeit. Insgesamt sind 36.357 Menschen als Arbeitslose registriert. Älteren Arbeitslosen droht eine Zwangsberentung, und im Bezirk sind besonders Familien, Kinder und Jugendliche von der Armut bedroht. Eine zukunftsfähige Gesellschaft muss als Grundrecht garantieren, dass die BürgerInnen ihre Existenz aus eigener Kraft sichern können. Das erfordert, sich den neoliberalen

Strategien zu widersetzen und eine breit gefächerte soziale Arbeit im Bezirk zu fördern. Wir werden auch weiterhin für die sozialen Akteure des Bezirkes und von Armut betroffenen Menschen Ansprechpartner und Multiplikator sein. Die Fraktion wird sich in den nächsten Wochen mit den im Bezirk tätigen sozialen Vereinen und Projekten verständigen und die Ergebnisse mit der Basis der Bezirksorganisation beraten.

Zoe Dahler

Sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion in der BVV

Newsletter von Petra Pau

vom 1. Dezember 2007 (Auszüge)

• Das Verteidigungsministerium irrt, es gibt eine Alternative

Ungeachtet der Kritik des Bundesrechnungshofes will das Verteidigungsministerium am geplanten Bombenabwurfplatz in Nordbrandenburg festhalten. Petra Pau dazu:

Das Bundesverteidigungsministerium argumentiert, es gäbe keine Alternative zum »Bombodrom« und seiner militärischen Nutzung. Das Verteidigungsministerium irrt. Die Alternative heißt schlicht: kein »Bombodrom« und eine zivile Zukunft für die Kyritz-Ruppiner Heide. Dafür kämpfen seit Jahren mehrere Bürgerinitiativen. Dafür haben sich ebenso klar und parteiübergreifend die Landesparlamente von Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern entschieden.

• Wer den kleinen Finger gibt, verliert die ganze Hand

Der Rechtsausschuss des Bundesrates will den Zugriff auf gespeicherte Telekommunikationsdaten auch bei zivilrechtlichen Konflikten ermöglichen. Petra Pau dazu:

Es ist immer dasselbe Spiel. Namens einer vermeintlich guten Sache werden Maßnahmen beschlossen, die sich letztlich gegen alle Bürgerinnen und Bürger wenden. Wer den kleinen Finger gibt, verliert die ganze Hand.

Drei Beispiele:

- Für den Kampf gegen Terroristen wurde die Möglichkeit eingeräumt, alle Konten und Konto-Bewegungen abzugleichen. Praktisch wurde dieses »Anti-Terror-Maßnahme« eingesetzt, um BAFÖG-Sünder zu ermitteln.
- Zur Berechnung der Lkw-Maut-Gebühren wurde die Autobahn mit dem TollCollect-System ausgerüstet. Schon gibt es Begehrlichkeiten, damit alle Verkehrsteilnehmer zu überwachen.
- Die Vorratsspeicherung aller Telekommunikationsdaten wurde eingeführt, um Terroranschläge und schwerste Kriminalität abwehren zu können. Nun sollen diese Daten auch genutzt werden, um derer habhaft zu werden, die sich im Internet Musik-Dateien herunterladen.

• Volksverhetzung eine jugendtypische Verfehlung?

Das Amtsgericht Oschatz hat einen 18-Jährigen zu 600 Euro verurteilt, der am 19. August in Mügeln bei der Hatz auf Inder beteiligt war. Petra Pau dazu:

Der 18-Jährige wurde wegen Volksverhetzung verurteilt. Beim Strafmaß ließ das Gericht Milde walten. Man ging davon aus, dass es sich um eine jugendtypische Verfehlung handelte.

Wenn Volksverhetzung eine jugendtypische Verfehlung ist, dann muss es schlimm stehen um die Jugend. Noch wirrer aber muss es in den Köpfen der Richter zugehen, die das ernsthaft meinen.

Wer den Newsletter (Neuigkeitenbrief) abonnieren möchte, kann dies tun, wie auf Seite 1 dieser Ausgabe beschrieben ...)

Fördern Linke die Privatisierung öffentlicher Leistungen?

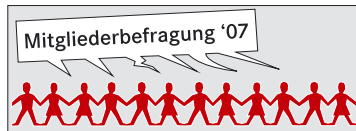
Freie Träger der Jugendhilfe übernehmen wichtige Aufgaben im Kinder- und Jugendbereich

Immer wieder wird die Frage der Übertragung von Aufgaben an freie Träger der Jugendhilfe ins Zentrum politischer Auseinandersetzungen gestellt und mit dem Problem einer Privatisierung sozialstaatlicher Aufgaben in Verbindung gebracht. Besonders deutlich wurde das, als es um Strukturveränderungen im Bereich der Kindertagesstätten ging.

Woraus ergeben sich Sinn und Notwendigkeit dieser Form der Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Verbände und Vereine?

1990 löste das Kinder- und Jugendhilfegesetz das „alte“ Wohlfahrtsgesetz der Bundesrepublik ab. In diesem weiterentwickelten Gesetz wurde festgeschrieben, dass Leistungen der Jugendhilfe grundsätzlich von Trägern der öffentlichen und der freien Jugendhilfe erbracht werden. Dazu gehören u.a. Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, des Schutzes von Kindern und Jugendlichen, Angebote zur Förderung der Familie, Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern. Gesamtverantwortung, Gewährleistungspflicht und Planungsverantwortung sind nach § 79

ausschließlich Aufgaben des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe. Das heißt konkret, diese Aufgaben bleiben beim Staat. Jugendamt und Jugendhilfeausschuss können in den Bezirken und auf der Landesebene diese Verantwortung nicht abgeben. In diesen Fragen muss immer wieder auf die besondere Stellung des öffentlichen Trägers in der Jugendhilfe verwiesen werden.



**Aus der Mitgliederbefragung:
Warum gibt es keinen
deutlichen Widerstand
gegen Privatisierungen?**

dische Ansätze und Arbeitsformen sind in der Kinder- und Jugendarbeit nicht nur gewünscht, sondern auch notwendig. Gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und den vielen kleinen Trägern wird in den Sozialräumen die Pluralität umgesetzt. Eltern, Kinder, Jugendliche, also die Leistungsberechtigten, haben das Recht, zwischen Einrichtungen und Diensten verschiedener Träger zu wählen und Wünsche hinsichtlich der Förderung, Hilfe und Unterstützung zu äußern. Sie haben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz das

Wunsch- und Wahlrecht. Sie haben also auch das Recht, ein Angebot beim öffentlichen Träger zu nutzen. Eine vollständige Übertragung z. B. von Kindertagesstätten an freie Träger würde daher aus meiner Sicht bereits gegen das Gesetz verstoßen.

In unserer Politik gehen wir davon aus, dass die Übertragung von Leistungen an freie Träger genau zu prüfen ist. Gewährleistung einer Vielfalt von Angeboten und Sicherung des Wunsch- und Wahlrechtes sind entscheidende Kriterien. Gleichmaßen müssen verlässliche Rahmenbedingungen gegeben sein. Das bezieht sich vor allem auf Gemeinnützigkeit, Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe, Einhaltung von Qualitätsstandards und sorgfältigen Umgang mit öffentlichen Mitteln.

Die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien haben unterschiedliche Positionen zur Übertragung von Leistungen an freie Träger der Jugendhilfe. Auf Landesebene ist es der Linksfraktion im engen Zusammenwirken mit Bezirken gelungen, im Kitabereich eine vollständige Übertragung zu verhindern und ca. 30 % der Plätze im staatlichen Bereich zu sichern. Und das bleibt auch so.

Dr. Margrit Barth
Mitglied der Fraktion DIE LINKE
im Abgeordnetenhaus

In eigener Sache:

Mitgliedsbeiträge

Haupteinnahmequelle der Partei DIE LINKE sind die Mitgliedsbeiträge. Das ist bekannt. Mit der Gründung der LINKEN wurden auch neue Grundsatzdokumente verabschiedet, darunter eine Bundesfinanzordnung, die die Staffelung und Höhe der Mitgliedsbeiträge neu regelt.

Alle, die nach dem 15. Juni 2007 Mitglied der Partei wurden, zahlen entsprechend der neuen Regelung.

Folgendes besagen die Übergangsbestimmungen im § 10 der Bundesfinanzordnung: „Für Mitglieder, die der Linkspartei.PDS oder der WASG vor dem 15. Juni 2007 angehört haben, gelten die bisherigen Beitragssätze bis zum 1. Parteitag 2008.“ (Dieser wird voraussichtlich am 24./25.5.2008 stattfinden).

Das heißt, wir Mitglieder der LINKEN, die schon vor dem genannten Datum Mitglieder waren, zahlen noch nach der Beitragsrichtlinie der PDS, bis der Bundestag 2008 anderes beschlossen haben wird.

Yvette Rami

Siedlungsgebiete:

DIE LINKE fordert auch weiterhin Erarbeitung eines Straßenkatasters des Bezirks

Die Diskussionen um das Straßenausbaubeitragsgesetz, aber vielmehr noch um das Straßenerschließungsgesetz haben gezeigt, dass für die Rechtssicherheit der BewohnerInnen ein Straßenkataster für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf dringend notwendig ist.

Bisher wurde vom zuständigen Stadtrat Christian Gräff (CDU) die Ansicht vertreten, dass auf Grund der Personalausstattung des bezirklichen Tiefbauamtes und des erforderlichen Aufwandes die Einrichtung eines Straßenkatasters nicht möglich ist. Die Fraktion der LINKEN hat bereits im Jahr 2006 bei einer Anhörung des Amtes den Bedarf eines Straßenkatasters herausgearbeitet.

Mit einem Straßenkataster besitzt der Bezirk eine Datenbank zur Verwaltung, Erfassung und Präsentation des Straßennetzes und der dort befindlichen relevanten Objekte. Zugleich können die Vermögensbewertungen, Abschreibungen und Zustands-

beschreibungen vorgenommen werden. Somit können die Straßen, die nach dem Berliner Straßenerschließungsgesetz nach 1990 erschlossen wurden, ausgewiesen werden. Zugleich würden die Straßen, die bereits vor dem 2. Oktober 1990 ortsüblich ausgebaut waren, sichtbar. Hier entfallen dann die im Gesetz ausgewiesenen Erschließungsbeiträge.

Mit einem Straßenkataster würde die Rechtssicherheit der BürgerInnen erhöht und es bestünde die Möglichkeit, strittige Auffassungen gerichtlich prüfen zu lassen.

Auf der BVV am 1. November 2007 wurde das Bezirksamt auf Beschlussempfehlung des Ausschusses für Siedlungsgebiete und Verkehr aufgefordert, der BVV bis zum Januar 2008 ein Konzept zur schrittweisen Erstellung eines Straßenkatasters einschließlich der Finanzierung vorzulegen.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender in der BVV

Infosplitter

• Das Bezirksamt konnte einen auf Antrag der Linksfraktion gefassten Beschluss, **Notfallkarten** mit Telefonnummern von Ansprechpartnern bei häuslicher Gewalt, teilweise umsetzen. Die DEGEWO-Gruppe hat den Druck der Notfallkarte in einer Auflage von 5000 Exemplaren finanziert. Diese werden vor allem von der WBG Marzahn betroffenen Frauen im Notfall zur Verfügung gestellt werden können. Für Frauenprojekte, Bürgerämter und andere Einrichtungen stellt die DEGEWO dem Bezirksamt 500 Exemplare zur Verfügung.

• Der Bezirk hat die Konzeption der Wolfgang-Amadeus-Mozart-Grundschule für die Teilnahme am **Modellprojekt Gemeinschaftsschule** uneingeschränkt befürwortet. Das Konzept sieht die Kooperation der Grundschule mit der Max-Reinhardt-Oberschule und der Volkshochschule vor. Der Antrag der Thüringen-Oberschule wurde vorbehaltlich befürwortet, unter der Voraussetzung, dass auch diese eine Kooperationsvereinbarung mit einer Grundschule abschließt. Die Modellvorhaben beginnen mit dem Schuljahr 2009/2010.

• Im Zusammenhang mit einem von der Linksfraktion geforderten **Straßenkataster** verweist das Bezirksamt zum wiederholten Male darauf, dass für eine systematische Erfassung des Straßenzustandes aller Straßen im Bezirk weder Mittel noch Personal zur Verfügung stünden. Eine Möglichkeit bestehe lediglich darin, dass Überprüfungen oder Nachforschungen im Rahmen von im Investitionsplan betätigten Baumaßnahmen vorgenommen werden könnten.

• Im Rahmen des Internationalen Gedenktages „**Nein zu Gewalt gegen Frauen**“ am 25. November 2007 fanden zahlreiche, auch öffentliche, Veranstaltungen statt: u.a. wurde die Fahne „Terre des Femmes“ in der Zeit 19. bis 30.11.2007 vor dem Rathaus gehisst, Bürgermeisterin Dagmar Pohle und Bezirksstadtrat Stefan Komoß (SPD) verkauften Backwaren in der Kaiser's Kaufhalle in der Mehrower Allee und verpackten die Backwaren in Tüten mit der Aufschrift „Gewalt kommt nicht in die Tüte“.

• Das Bezirksamt hat beschlossen, den **Trausaal im Alten Rathaus Marzahn** nicht mehr als solchen zu nutzen, da die Anzahl der Trauungen sehr stark zurückgegangen war. Das Bezirksamt beabsichtigt, unter weitgehendem Erhalt der originalen Ausstattung, dort Beratungsräume einzurichten.

• Eine umfassende **Sanierung am Gründerzeitmuseum** in Mahlsdorf konnte begonnen werden, weil insgesamt 593.000 Euro eingeworben wurden. Das Geld kommt aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (488.000 Euro), Deutsche Stiftung Denkmalschutz (52.000 Euro), Landesdenkmalamt (50.000 Euro) und der Denkmalpflege aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf (3.000 Euro).

• Die **Caspar-David-Friedrich-Oberschule** zog von ihrem alten Standort, Peter-Huchel-Straße, an ihren neuen Standort in der Alten Hellersdorfer Straße, ehemals Erasmus-von-Rotterdam-Oberschule. Die Phönix-Sonderschule ist von ihrem bisherigen Standort, Quedlinburger Straße, in die Mark-Twain-Straße umgezogen. In der Rathener Straße, in einer Wohnung, ist eine kleine **Kita der AWO** eröffnet worden. **Renate Schilling**

Mehrower Allee – Totalabriss gestoppt

Am 29. November fand im Freizeitforum Marzahn die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung statt.

Konsolidierung mit Augenmaß

Zu Beginn der BVV-Sitzung am 29.11. sprach Regina Kittler, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und haushaltspolitische Sprecherin der Linksfraktion, zum bezirklichen Konsolidierungskonzept. Sie verwies auf die erreichten Ergebnisse im Konsolidierungszeitraum seit 2004, die nicht nur zu einem Abbau der Primärverschuldung, sondern auch zu einer Absenkung der Altschulden führten. Zugleich machte sie jedoch auch deutlich, dass die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Bezirksverwaltung erreicht sind.

Von 3184 Stellen im Jahre 2005 wird sich die Gesamtzahl der im Bezirksamt Beschäftigten auf 1669 reduziert haben – nur noch zwei Berliner Bezirke haben weniger Personal.

Mit der Fortschreibung des Konsolidierungskonzepts 2008 - 2011 hat das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf über die bis 2007 bereits erreichten Konsolidierungsleistungen hinaus weitere Konsolidierungsanstrengungen im Umfang von 4,7 Mio. Euro 2008 und 5,6 Mio. Euro 2009 beschlossen.

Gestoppt: Totalabriss der Mehrower Allee 38-48 durch DEGEWO

Der Bezirksstadtrat für ökologische Stadtentwicklung, Norbert Lütke (DIE LINKE) informierte die Verordneten, dass die DEGEWO die Ausschreibung zum Totalabriss am 27.11.2007 aufgehoben hat.

In Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung prüft die DEGEWO, wie ein Rückbau des Gebäudes um mindestens 50 Prozent wirtschaftlich umsetzbar ist. Ergebnisse sind voraussichtlich im Januar 2008 zu erwarten.

Agenda-Beauftragte erhalten

Nach zum Teil kontroverser Debatte beschloss die BVV mit dem Stimmen der LINKEN und der Grünen einen Antrag, der im Rahmen der Vereinheitlichung der Ämterstruktur in den Bezirken auch weiterhin einen Beauftragten für die Lokale Agenda 21 einfordert.

Dagegen sprach sich die SPD in Person des Verordneten Frenzel aus. Frank Beiersdorff und Heiner Niemann (beide DIE LINKE) verteidigten die Arbeit des Agenda Beauftragten, gerade vor dem Hintergrund der immer dringenderen Diskussion zu den Folgen des Klimawandels.

Strittmatter-Schule und Grundschule an den Ringkolonnaden bleiben bestehen

Aufgrund zahlreicher Äußerungen besorgter Eltern stellte die Linksfraktion zwei große Anfragen zur Zukunft der Schulstandorte Erwin-Strittmatter-Schule in Hellersdorf sowie der Grundschule an den Ringkolonnaden in Marzahn.

Durch den zuständigen Bildungsstadtrat Stefan Komoß (SPD) wurde der Verbleib der Erwin-Strittmatter-Schule mit ihrer zukunftsweisenden integrativen Schulkonzeption am Standort Schönewalder Straße bestätigt.

Im Zuge der Fusion des Max-Reinhardt- und Bernstein-Gymnasiums wird zudem ein Teil des neu zu bildenden Gymnasiums freie Räumlichkeiten am Standort Schönewalder Straße im Umfang von 12 bis maximal 14 Räumen nutzen.

Damit wird dem Bedarf des neuen Gymnasiums entsprochen, ohne jedoch das inhaltliche Konzept der Erwin-Strittmatter-Schule zu gefährden.

Die vorliegenden Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen 2006/2007 zeigen trotz insgesamt fallenden Schülerzahlen einen deutlichen Zuwachs an Kindern mit Entwicklungsdefiziten.

Der Grundschulstandort Ringkolonnaden bleibt ebenfalls erhalten und wird nach Aussage von Bezirksstadtrat Komoß ab 2008 zusätzlich aufgewertet. Neben einem behindertengerechten Umbau umfasst dies unter anderem den Bau einer neuen Turnhalle sowie eine stärkere Öffnung in den Kiez hinein. Die Verordnete der Linksfraktion und Vorsitzende im Ausschuss Bildung, Kultur und Sport, Ute Thomas, begrüßt die Aussagen des Bildungsstadtrats ausdrücklich und machte darüber hinaus deutlich, dass sich die Fraktion im Prozess der Diskussion zur Schulnetzplanung weiter aktiv für den Erhalt und die Weiterentwicklung der integrativen Schulkonzeptionen und -standorte einsetzen wird.

Torsten Kläring

Bei anderen gelesen:

Zitat der Woche unter <http://zitate.net/>

Toleranz ist der Verdacht, dass der andere Recht hat.

Kurt Tucholsky

*09.01.1890 - 21.12.1935
deutscher Schriftsteller*

Mehr LINKE im Internet:

die-linke.de
die-linke-berlin.de
dielinke-marzahn-hellersdorf.de
petrapau.de

Genug geredet!

Viel wurde ihnen versprochen, als sie - gut ausgebildet und voller Hoffnungen - nach Deutschland kamen. Die 25.000 - 30.000 Spätaussiedler aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten, die heute in Marzahn-Hellersdorf leben, haben längst verstanden, wie schwer es für alle hier ist, eine Arbeit zu finden. Und erst recht für sie, die die deutsche Sprache und den Beruf nicht in Berlin, sondern in Moskau oder Alma Ata gelernt haben. 43 % der Aussiedler, die an einer Befragung im Bezirk teilgenommen haben, besitzen einen Hoch- oder Fachschulabschluss und 30 % eine abgeschlossene Berufsausbildung, sind Meister oder Techniker. Es ist kurios - seit Jahren leben der Diplomingenieur, die Augenärztin, die Biologielehrerin von Hartz IV, und im Lande fehlen qualifizierte Ingenieure, Ärzte und Lehrer.

Weil wir meinen, es wurde genug geredet, haben wir uns in der Marzahn-Hellersdorfer LINKEN mit Fachleuten aus dem Bezirk und mit engagierten Aussiedlern verständigt, das Problem anzupacken. Gemeinsam mit der Berliner Landespolitik der LINKEN soll ein Modellprojekt zur Anerkennung/Teilerkennung der Berufsabschlüsse entstehen. Mit einem Federstrich ist das nicht zu leisten, denn viele Aussiedler waren seit Jahren nicht mehr in ihrem Beruf tätig. Deshalb sollen Praktika in Schulen, Kitas, Krankenhäusern, Arztpraxen, Ingenieurbüros in Marzahn-Hellersdorf oder im Land Berlin angeboten werden. Das Praktikum soll durch berufsspezifische Sprach- und Fachausbildung ergänzt und am Ende steht bei erfolgreichem Abschluss ein entsprechendes Zertifikat. Das ist keine Garantie für einen Arbeitsplatz, aber zumindest eine Chance!

Erika Maier LINKES WIRTSCHAFTSFORUM

Jugendhilfeausschuss hat entschieden

Am 14. November 2007 hat der Jugendhilfeausschuss Marzahn-Hellersdorf über die Vergabe von Zuwendungen an Projekte der Kinder- und Jugendarbeit in freier Trägerschaft entschieden.

Bei einem Antragsvolumen von mehr als 3,4 Mio. Euro und nur 951.000 Euro zur Verteilung vorhandenem Budget war das keine leichte Aufgabe.

Dennoch ist es gelungen, wichtige Schwerpunkte wie die Straßensozialarbeit oder die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen weiterhin zu stärken und in jeder Region - so noch nicht vorhanden - ein Familienprojekt zu finanzieren. Auch in Gebieten, die bisher weniger gut versorgt waren, konnten Projekte wie der CVJM Kaulsdorf oder das Schülerzentrum Kraftwerk der evangelischen Kirche neu in die Finanzierung aufgenommen werden. Ein Antrag zur Finanzierung der ARCHE fand im Jugendhilfeausschuss keine Mehrheit.

Manuela Schmidt, Bezirksstadträtin

Film: Heimat in der Fremde

Die S-Bahn rollt Richtung Ahrensfelde; das Berliner Tschechow-Theater hat zu einem Film eingeladen, Thema Spätaussiedler. An diesem Samstagnachmittag ist in Marzahn-Hellersdorf Premiere. Hier, wo

Integration in sich trägt, ist er sparsam mit Lösungen.

Einen jungen Burschen lässt er sagen: in Kasachstan war ich Deutscher, „ein Scheiß-Deutscher“, jetzt, in Deutschland bin ich

Russe, „ein Scheiß-Russe“. Ein Mädchen spricht über seine Wehmut wegen verlorener Freundschaften: „... zu Hause habe ich Freunde, mit denen telefoniere ich oder wir schreiben uns, hier ...? Hier habe ich Bekannte.“



Petra Wermke (li.) im Gespräch mit dem Autor, Regisseur und Kameramann, Eugen Schlegel (re.), sowie einem der jugendlichen Mitwirkenden des Films „Heimat in der Fremde“.

Foto: privat

viele der Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion ihr Zuhause haben.

Der Regisseur, selbst erst 1989 nach Deutschland gekommen und jetzt Student in Babelsberg, holt meist junge Leute vor seine Kamera. In dem Wust von Sorgen, den die

zeugt es doch von der dringend notwendigen Kooperation unserer Partei mit diesen Bürgern unseres Bezirks. Den Film „Heimat in der Fremde“ kann man bekommen, ich schlage vor, dass wir als DIE LINKE seine Verbreitung fördern und unterstützen.

Petra Wermke

Das Aus für kleine Kinos?

Das Thema meiner Novembersprechstunde im „Kino Kiste“ hatte es in sich: Wenn kleine Kinos eine Zukunft haben sollen, muss einiges geschehen. In spätestens drei Jahren wird der Film digitalisiert sein. Investitionen von 30 000 - 80 000 Tausend Euro pro Leinwand werden für die Anschaffung der dann nötigen Technik fällig. Das ist für die meisten Kinos kaum zu bewältigen. Unterstützungsangebote der Berliner Wirtschaftsförderung werden hier sicher dringend nötig.

Und es gibt viele weitere Herausforderungen: Sinkende Zuschauerzahlen, Konkurrenz durch zu viele „Leinwände“ insbesondere der Multiplexe, zu viele Premieren in immer kürzeren Zeiten und wachsenden Druck durch Verleiher-Konditionen, um nur einige zu nennen. Da helfen nur ständig neue Ideen der Betreiber, das Werben um neue Zuschauergruppen und z.B. ein Mix aus Film, Kultur und Politik. Und von mir der Appell: Leute, geht wieder öfter ins Kino!

Über den Kinder- und Jugendkino, zu denen auch das Kino „Kiste“ gehört - schwebt dazu noch das Damoklesschwert der demografischen Entwicklung. Der Rückgang an Besuchern in den infrage kommenden Altersgruppen ist - auch ökonomisch - immer deutlicher zu spüren.

Es müssen Mittel und Wege zum Gegensteuern gefunden werden, sollen das Kinder- und Jugendkino als Kulturgut und Lernort und der Kinder- und Jugendfilm als wichtiges Lernmittel erhalten bleiben.

In Frankreich und Italien z.B. bekommen die Schulen regelmäßig finanzielle Mittel, mit denen sie Filme ihrer Wahl anschaffen und Kinobesuche bezahlen. Dies könnte doch auch ein Weg für Berlin sein. Ich werde einen entsprechenden Vorschlag auf jeden Fall in die zuständigen Kulturwirtschafts-Gremien einbringen.

Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdA)

Politische Bildung:

Südafrika auf dem steinigen Weg zur Regenbogennation

Schöne, beschauliche Filme über das südliche Afrika hat uns das Fernsehen in letzter Zeit eine ganze Reihe präsentiert. Das macht neugierig, zumal wir wissen, dass der südafrikanische Staat sich durch die Politik der Apartheid und Rassendiskriminierung über Jahrzehnte selbst ins Aus stellte, von der internationalen Gemeinschaft isolierte. Es macht uns doppelt neugierig, weil dieses Paradigma der Politik Ende der 80er Jahre zu bröckeln begann und ein Umbruch in Gang kam, der mit den deutsch-deutsch Veränderungen zu eben dieser Zeit scheinbar viel Vergleichbares hat.

Natürlich ist der Charakter der Veränderungen ganz unterschiedlich – und natürlich gibt es einen Zusammenhang: Vor 18 Jahren war die Welt global im gesellschaftspolitischen Umbruch. Mit dem Scheitern des sozialistischen Versuchs einer gerechteren Welt kam es zu einer Neuordnung und Neuorientierung der Machtverhältnisse, von denen kaum ein Land unberührt blieb. Die 80er und 90er Jahre waren nicht nur von den Hegemoniebestrebungen des neoliberalen Zeitgeistes geprägt, sondern auch von einem weltweit erstarkenden Selbstbewusstsein der demokratischen Bürgergesellschaft.

Der Blick auf die Veränderungen in Südafrika erinnert uns an den eigenen Tellerrand, über den zu schauen sich allemal lohnt. Dazu hatte das Gesellschaftspolitische Forum Marzahn Gerd-Rüdiger Stephan, den Vertreter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Region südliches Afrika, eingeladen.

Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand

Thema „Osttangente“ – der Bezirksvorstand wird sich für weitere Diskussionen einsetzen, die a) der Bedeutung des Problems für die Perspektive unseres Stadtbezirks gerecht werden und b) der regionalen, sozialen und ökologischen Komplexität des Problems entsprechen. Darüber beraten wir im 1. Quartal 2008 mit Blick auf unsere politischen und organisatorischen Positionen.

Beide Novemberberatungen dienten der abschließenden Erarbeitung des **Leitantrags für die Hauptversammlung** am 19. Januar 2008, der unter dem Leitsatz „Um uns selber müssen wir uns selber kümmern“ vorgelegt werden soll. Der Entwurf wird Anfang Dezember in die Hände der Delegierten kommen.

Um den **Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus** in Friedrichsfelde politisch anzunehmen, schlägt unser Bezirksvorstand vor, den Opfern des stalinistischen Terrors Namen und Gesicht zu geben. Die Mitglieder sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen.

„Südafrika auf dem steinigen Weg zur Regenbogennation – Umbrüche, Tendenzen, Widersprüche“, unter diesem Thema berichtete Gerd-Rüdiger Stephan über die jüngere und jüngste Geschichte. Südafrika ist ein Land, fast ein Kontinent im Umbruch. 1974 begann die Macht des Apartheid-Regimes zu bröckeln. Am 18. Juli 1976 trat die zweieinhalb Jahre zuvor beschlossene UN-Konvention zur Bekämpfung und Ahndung des Verbrechens der Apartheid in Kraft, die Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anprangerte. Die schwarze Opposition und ihr Widerstand wuchsen zur treibenden Kraft für den gesellschaftspolitischen Umbruch heran. Der 1989 zum Staatspräsidenten gewählte Frederik Willem de Klerk verhandelte mit dem immer noch inhaftierten ANC-Führer Mandela Bedingungen für das Ende der Apartheid. Mandela musste nicht darauf eingehen. Das Apartheid-Regime war am Ende. 1990 kamen Mandela und viel andere politische Häftlinge frei und die beiden Widerstandsparteien ANC und PAC wurden legalisiert. Bei einem Referendum im März 1992 sprachen sich 68,7 Prozent der Weißen für die Abschaffung der Rassentrennung aus. Die Folgen der Rassentrennung sind deshalb noch lange nicht überwunden.

Was Besuchern mit zuerst auffällt, das sind die Security-Service- und stacheldrahtgeschützten „Home-Castles“ der Weißen – und jetzt auch der Schwarzen. Über die Praxis der Machtausübung gibt es immer wieder öffentliche Diskussionen. Dennoch gewinnt der ANC überlegen jede Wahl.

Für das Jahr 2008 haben wir uns auf folgende Themen verständigt, zu denen **zentrale Veranstaltungen** vorbereitet werden

- Gemeinschaftsschule
- Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor
- Öffentliche Daseinsvorsorge (eventuell).

Die **Beratungen des Bezirksvorstandes** sind öffentlich, aber unsere Mitglieder nehmen diese Möglichkeit nur selten wahr. Die Mitglieder sind aufgefordert, daran teilzunehmen, vielleicht auch nur an einzelnen Tagesordnungspunkten. Überlegt Euch in der Basisgruppe unseren Vorschlag.

Zum Thema „**Antisemitismus in der DDR**“ wird im Februar 2008 eine öffentliche Diskussion mit einem breiten Kreis von Interessenten vorbereitet.

Wilfried Maier
Mitglied des Bezirksvorstandes

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (rls) fördert im südlichen Afrika sozialwissenschaftliche und soziale Projekte, die dazu beitragen, dass die gesellschaftspolitischen Veränderungen dort wie hier besser verstanden werden, damit vorausschauender und nachhaltiger agiert werden kann. Im nächsten Jahr führt die rls dazu in Deutschland eine erste Konferenz durch.

Gerd-Rüdiger Stephan spannte in der ihm eigenen lebhaften Art den Bogen von der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft und sparte dabei auch die Fußballweltmeisterschaft 2010 nicht aus.

Insgesamt war es wieder einmal ein informativer und anregender Diskussionsabend im KulturGut Marzahn, der auch die Gewissheit stärkte: Eine andere Welt ist möglich!

Dr. Wolfgang Girnus

Post an uns Strategiewechsel in Afghanistan?

In dem Aufruf zur Demo am 15.9.2007 wurde der afghanische Politikwissenschaftler Dr. Martin Baraki wie folgt zitiert: „Die Leute unterstützen die Taliban, weil diese Widerstand gegen die Besatzer leisten ... Es gibt eine Alternative: Zuerst müssen die Besatzer abziehen ... Dann muss den Afghanen zugestanden werden, eine eigene Regierung zu wählen, die nicht im Ausland zusammengestellt wurde.“ Wir sollten nicht auf die rührseligen Geschichten über den Wiederaufbau hereinfallen, der angeblich nur mit ISAF und OEF zu gewährleisten ist. Der selbstlose und teilweise lebensgefährliche Einsatz, den NGO's und andere Organisationen dort leisten, ist anerkennenswert, jedoch dient er der Tarnung von Kapitalinteressen, die da sind: Zugriff auf die Rohstoffvorkommen dieser Region, Sicherung künftiger Absatzmärkte, Profit aus dem Wiederaufbau und dem Militäreinsatz (ca. 58 Milliarden Euro seit 2002). Die deutsche Afghanistanpolitik ist in eigene imperiale geostrategische Ziele und die der USA eingeordnet. Die Bundeswehr kann ihre weltweite Einsatzbereitschaft trainieren und demonstrieren.

Die Bundeswehr und mit ihr alle anderen ausländischen Truppen müssen unverzüglich raus aus diesem Land, um diesen völkerrechtswidrigen, barbarischen Krieg zu beenden. Der Anspruch der LINKEN als Antikriegspartei muss uneingeschränkt gelten.

Viktor Durnick
Sprecher BO 12

Latte-Macchiatosierung oder Verdrängungsprozesse in der Stadt


Seit Jahren schwinden in Berlin die Rückzugsräume autonomen Wohnens, ehemalige Hochburgen der alternativen Lebens- und Freizeitgestaltung werden durch umfassende Umstrukturierungsprozesse dem Massengeschmack zugänglich gemacht.

Gentrification oder auch Stadtteilveredelung heißt dieser Prozess, welcher schicke Lifestyle-Bezirke aus dem Boden schießen lässt. Bedauernd ist es vor allem, dass der Gentrifizierungsprozess immer nach einem bestimmten Muster abläuft: Wegen niedriger Mietpreise werden Stadtteile für „Pioniere“, also für junge Kreative und subkulturelle Strömungen attraktiv. Hier entsteht also die viel gerühmte „Szene“, welche die ursprünglichen Bewohnerinnen der Stadtteile verdrängt. Nun jedoch wollen natürlich die Eigentümerinnen und Investoren dieser Bezirke ihr Stück vom Kuchen abhaben und sehen Chancen, das neue Hip-Gefühl gewinnbringend zu vermarkten. Erste Häuser und Wohnungen werden restauriert, die Mieten steigen. Zugezogene, Studierende oder Künstlerinnen können sich die höheren Mietpreise oft nicht leisten und siedeln sich in anderen Stadtteilen an. Eine neue, wohlhabendere Bevölkerung entsteht und vollendet den Verlust am eigentlichen Charme der Viertel.

Grundsätzlich wäre gegen eine solche Aufwertung von Stadtteilen z.B. schlechten Rufs oder anhaltender Bevölkerungsabnahme nichts einzuwenden. So könnte durch Ansiedlung kommunaler jugendfördernder

Strukturen auf Dauer eine Dynamik im Bezirk gewahrt werden, welcher er auch bedarf und welche ihm gerecht wird. Oft sind Zentren subkultureller Jugendbewegung im Weiteren auch noch höchst politische Gemeinschaften, also allzu erstrebenswert.



Latte macchiato: Symbol eines hippen Lifestyle
 (Bild:  Autor: x (Aleph), Wikimedia Commons)

Doch das vermarktete Hip-Gefühl ist jedweder Kreativität undienlich und bedient nur eine Klientel: die der Investoren und Vermögenden. Gegen diese Praktik, die wir in Prenzlauer Berg, in Mitte, in Friedrichshain tagtäglich mit anschauen können, laufen wir Sturm. Klar muss sein: die Institutionalisierung dynamischer Prozesse bewirkt nichts als Stillstand und Verdruss, denn wohin sollen die subkulturellen Bewegungen Berlins letzten Endes noch flüchten?

Marcus Wolf

D wie Datenschutz



Am 22. November beschloss das Abgeordnetenhaus von Berlin mit den Stimmen der rot-roten Koalition die Änderung des Berliner Polizeigesetzes (ASOG). Diese beinhaltet eine Ausweitung von Videoüberwachung, vor allem im öffentlichen Personennahverkehr und die Möglichkeit zur Handy-Ortung von Personen, unabhängig von deren Zustimmung. Mit dem Beschluss, dem neuen ASOG zuzustimmen, trägt auch unsere Partei erstmals Einschränkungen des Datenschutzes mit.

Solche Tendenzen dürfen nicht zum Bestandteil linker Politik werden. Mit der zunehmenden Sammlung und Speicherung persönlicher Daten geht der Datenschutz schrittweise irreversibel verloren. Dem allgemeinen Trend hin zu mehr Überwachung muss von uns als Partei, genau wie bei Themen wie Fingerabdrücken in Reisepässen, gläserner Patientinnen und dem so genannten Bundestrojaner des Innenministeriums, entgegengesteuert werden.

Daher fordern wir die Überprüfung der staatlichen Überwachungsmaßnahmen auf Sinnhaftigkeit und ihre Begrenzung auf das erforderliche Maß. Das Recht, selbst über persönliche Daten verfügen zu können, muss gestärkt werden.

Sarah Fingarow

Kontakt zur Linksjugend:

Geschäftsstelle DIE LINKE
 Marzahn-Hellersdorf
Henny-Porten-Straße 10-12
12627 Berlin

Internet: www.linksjugend.org
 E-Mail: linksjugend@web.de

Treffen des Jugendverbandes jeden **ersten Donnerstag um 18:30 Uhr** in der Geschäftsstelle

Jede Stimme zählt!

Für ein studentisches Volksbegehren



Seit dem 11. Juni läuft der Antrag für ein studentisches Volksbegehren für offene und demokratische Hochschulen. Bis zum 11. Dezember werden 20.000 Unterschriften benötigt, damit die Berlinerinnen in einem Volksbegehren gegen Studiengebühren, für einen unbeschränkten Masterzugang und für viertelparitätische Mitbestimmung stimmen können.

Jede Zugangsbeschränkung zu Bildung ist ein drastischer Eingriff in die garantierte Bildungsfreiheit. Von daher ist die Einführung von Studiengebühren und die Zugangsbe-

schränkung für Masterstudiengänge in jeglicher Form abzulehnen. Bildung darf nicht weiter zur Ware werden und sich der allgemeinen Verwertungslogik unterwerfen. Die viertelparitätische Mitbestimmung ist bereits im Koalitionsvertrag verankert und sieht die selbe Anzahl von Professorinnen, Studierenden, akademischen Mitarbeiterinnen und sonstigen Mitarbeiterinnen vor. Sie ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung der Hochschulen.

Viele Genossinnen und Genossen unserer Partei haben bereits den Antrag für ein stu-

dentisches Volksbegehren unterstützt. Doch noch werden dringend Unterschriften benötigt. Bis zum 11. Dezember 2007 haben wir alle noch die Möglichkeit, ein Zeichen für die Bildungsfreiheit zu setzen. Damit Bildung nicht zur Ware wird und nicht abhängig von der sozialen Herkunft ist. Für ein Studentisches Volksbegehren!

Weiter Infos unter: www.freie-bildung-berlin.de, www.unverkaeuflich.org, www.refrat.hu-berlin.de. Formulare liegen in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE aus.

Stefan Große

Veranstaltungen:

» **6.12., 10 Uhr**, Ehm-Welk-Bibliothek, Alte Hellersdorfer Straße 125, 12629 Berlin, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdA) liest im Rahmen einer **vorweihnachtlichen Lesereihe** vor Grundschulern

» **6.12., 18.30 Uhr**, HELLA-Klub für Mädchen und junge Frauen, Tangermünder Straße 2a, 12627 Berlin, »Auf dem Weg zum ‚Europaviertel‘« - über die Hellersdorfer Promenade im 21. Jahrhundert berichten André Gaedecke, Wolfgang Hantke und Nachbarn, die hier bleiben wollen. Veranstalter: Peter-Weiss-Bibliothek und HELLA-Klub, Eintritt: frei

» **11.12., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Marzahner Gesellschaftspolitisches Forum, **Diskussionsabend** zum Thema: „Ihre Ehre ist nicht meine Ehre!“ (Karl Liebknecht)“, Referentin: Prof. Dr. Annelies Laschitzka, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus, Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 Euro

» **14.12., 18 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, **Jahresempfang** der Partei DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf, der BVV-Fraktion Marzahn-Hellersdorf und von Petra Pau (MdB und Vizepräsidentin des Bundestages) - auf Einladung

» **15.12. 20 Uhr**, in der Umweltstation ALPHA II auf dem Abenteuerplatz Marzahn-Nord, Schorfheide-

Jörg Kokott



straße 52, 12689 Berlin, Straßenbahnlinien M 8 und 16, direkt an der Endhaltestelle Ahrensfelde. Halte inne - für wenige Momente

- bevor der Sturm der Festtage losbricht: **Chansons & Folksongs mit Jörg Kokott** und Lagerfeuer, Eintritt 10

Euro, bei Vorbestellung unter Telefon 030 9339275 nur 8 Euro

**Siegfrieds Frage****Das U-Boot ...**

... ist eine deutsche Erfindung des Verderbens.

Am 14. Dezember 1906 stellte die kaiserliche Marine das erste „U1“ in Dienst. 1962 wurde das dritte „U1“ - noch mit diesel-elektrischem Antrieb - an die Bundesmarine übergeben. Die nichtnukleare Technologieführung liegt weiter in Deutschland in Kiel bei HDW.

Anlässlich der „100-Jahr-Feierlichkeiten“ übernahm die Deutsche Marine im Mai 2007 das letzte Boot („U34“) des ersten Loses der Klasse 212A.

Mit dem weltweit einzigartigen Brennstoffzellenantrieb ausgerüstet, stehen diese U-Boote in ihren Fähigkeiten zu lang andauernden, tief getauchten Operationen kaum den bisher nur deutlich größeren Atom-U-Booten nach - und sind kleiner, leiser und „sauberer“.

Frage

Wie stünde uns Deutschen Exportweltmeistern ein solches Engagement im internationalen Umweltschutz, ja selbst in der Automobilindustrie zu Gesicht?

S. Scholz

Bezirksvorstand

» **11.12.2007, 8.1., 22.1.2008** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Hauptversammlung

» **19.1.2008**, 10 Uhr Uhr, Theater am Park, Frankenhöfer Weg 4, 12683 Berlin, zum Thema: „Nach der Mitgliederbefragung“

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **9.1.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55

» **9. oder 10.1.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64 (bitte telefonisch erfragen bzw. im Internet nachsehen)

» **10.1.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzastr. 24/26

» **10.1.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG / Freundeskreis

» 13.12., 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

» 17.1.2008, 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Rentensprechstunde

» **17.12.2007, 7.1., 21.1., 4.2.2008** jeweils 10-12 Uhr in den Räumen des ver.di-Kieztreffs in den Ringkolonnaden, Mehrower Allee 28/30, Hilfe beim Antragstellen, Umgang mit Bescheiden

Sprechstunden

» **19.12., 16 - 18 Uhr, Petra Pau** (MdB), Vizepräsidentin des Bundestages, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anmeldung unter 99289380

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Unser Glückwunsch für Uwe Klett zum Erfolg bei der Bürgermeisterstichwahl in Fredersdorf-Vogelsdorf am 2.12.2007!

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen: Montag 13 - 17 Uhr, Dienstag 9 - 17 Uhr,
Donnerstag 9 - 19 Uhr, Freitag 9 - 15 Uhr

**Geschlossen: Mittwochs sowie vom
21.12.2007 - 2.1.2008**

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen solcher Beiträge vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin,
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 3.12.2007. Auslieferung ab: 5.12.2007. **Druck:** Ei-gendruck. „Marzahn-Hellersdorf links“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 10.1.2008 und am 7.2.2008.